

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/945 –**

Satellitennavigationssystem Galileo

A. Problem

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag an, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, das von der EU-Kommission geplante Projekt Galileo mit dem Ziel der Neueinrichtung eines europäischen, global wettbewerbsfähigen Satellitennavigationssystems zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass es Ziel der EU in Zukunft ist, nicht vom US-amerikanischen GPS (Global Positioning System) abhängig zu sein.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags (die Antragsteller bestehen auf der Annahme ihres Antrags).

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/945 – abzulehnen.

Berlin, den 10. November 1999

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald

Vorsitzender

Reinhold Hiller (Lübeck)

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Reinhold Hiller (Lübeck)

I. Überweisung

Die Vorlage – Drucksache 14/945 – wurde durch den Deutschen Bundestag in seiner 39. Sitzung am 6. Mai 1999 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an die Ausschüsse für die Angelegenheiten der Europäischen Union, für Wirtschaft und Technologie und für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit der Vorlage streben die Antragssteller an, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, das von der EU-Kommission geplante Projekt Galileo mit dem Ziel der Neueinrichtung eines europäischen, global wettbewerbsfähigen Satellitennavigationssystems zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass es Ziel der EU in Zukunft sein soll, nicht vom US-amerikanischen GPS (Global Positioning System) abhängig zu sein. Souveränität und Sicherheit seien ernsthaft in Frage gestellt, falls die von Europa genutzten sicherheitsrelevanten Navigationssysteme nicht einer europäischen Kontrolle unterlägen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt die Ablehnung des Antrags Drucksache 14/945 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. Der Haushaltsausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS.

Die Vorlage wurde durch den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in seiner 21. Sitzung am 10. November 1999 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags Drucksache 14/945.

Die Fraktion der SPD führt aus, das Galileo-System werde auch im Hinblick auf eine ökonomische Nutzung im Verkehrsbereich in den kommenden Jahrzehnten von großem Interesse sein. Der Antrag der CDU/CSU sei sehr gut. Es habe aber dieses Antrags nicht bedurft, da das, was die CDU/CSU-Fraktion mit diesem Antrag anstrebe, von der Bundesregierung bereits seit Monaten realisiert werde. Die Bundesregierung bemühe sich entsprechend bei der EU-Kommission. Im Ausschuss seien entsprechende Forderungen bereits im Rahmen einer Anhörung erhoben worden und die SPD-Fraktion habe in der vergangenen Wahlperiode einen entsprechenden Antrag gestellt, der abgelehnt worden sei. Man könne zwar alle Wünsche unterstützen, welche die CDU/CSU-Fraktion in dem Antrag äußere, werde ihn aber ablehnen, weil er zu spät komme und überflüssig sei. Man könne darin keinen Punkt finden, der über das hinausgehe, was die Bundesregierung bereits praktiziere.

Die Fraktion der CDU/CSU weist darauf hin, dass der Antrag am 4. Mai 1999 gestellt worden sei. Er sei sicher der Auslöser dafür gewesen, dass die Bundesregierung entsprechend seinem Inhalt handele, womit der Antrag sehr erfolgreich gewesen sei. Man bestehe gleichwohl auf einer Abstimmung über den Antrag, weil die Regierung bislang noch nicht deutlich gemacht habe, wie das System finanziert werden solle. Es solle damit auch noch einmal deutlich werden, dass sich der Ausschuss uneingeschränkt für das Projekt Galileo ausspreche und damit auch davon ausgehe, dass die Bundesregierung bereit sei, das Projekt mit zu finanzieren.

Die Fraktion der F.D.P. merkte an, es sei in Bezug auf dieses Projekt offenbar doch noch nicht alles so klar, wie es in der Sitzung des Ausschusses dargestellt worden sei. Die Koalition stelle in dieser Woche eine Anfrage zu Sinn und Unsinn von Telematikanwendungen und Satellitennavigation. Daraus lasse sich schließen, dass noch nicht alles klar sei. Es gehe bei dem Galileo-Projekt auch darum, klarzustellen, wie sich Deutschland langfristig an der Finanzierung des Projektes beteilige. Diesbezüglich drohten von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Probleme. Deshalb sei der Antrag weder überholt noch überflüssig.

Berlin, den 10. November 1999

Reinhold Hiller (Lübeck)

Berichterstatte

